

Antrag Nr. 3

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern] an die 168. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 3. 5. 2017

Indexierung der Negativsteuer

Das neue Regierungsprogramm hat sich auf eine – wenn auch nicht unproblematische – automatische Indexierung der ersten beiden Lohnsteuerstufen ab 5%ig aufgelaufener Inflation verständigt. Und in der Tat fressen die steigenden Lebenserhaltungskosten des Alltags die Einkommen der durchschnittlichen Arbeiter- und Angestelltenhaushalte immer stärker auf. In diesem Zusammenhang zieht nicht nur die Inflation von zuletzt 0,9% auf prognostizierte 1,7% - 1,9% heuer wieder kräftig an und explodieren die Wohnkosten ungebremst weiter (resp. wurde mit 1. April dazu noch der Richtwertmietzins um gut 3,5% angehoben). Nochmals rasanter, wie der aktuelle Preismonitor ausweist, stiegen mit einer satten Teuerung von knapp 8% die Preise bei billigen Produkten des täglichen Bedarfs. Teuerungen, die mit noch einmal gesteigerter Wucht auf die GeringverdienerInnen und ohnehin ums Alltägliche Ringenden durchschlagen. Unter sozialpolitischer Perspektive umso verheerender, dass das Regierungsübereinkommen jedoch gerade für jenes Drittel der Beschäftigten im Land, die überhaupt so wenig verdienen dass sie keine Lohnsteuer zahlen, keine analoge Indexierung der Negativsteuer vorsieht.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- Die AK Wien fordert entsprechend der automatischen Indexierung der unteren beiden Lohnsteuerstufen eine gleichzeitige Indexierung der Negativsteuer.
- Die AK Wien fordert zur Entlastung der GeringstverdienerInnen zudem, die Absetzbeträge endlich voll negativsteuerfähig anzusetzen.